

Die Vermessung des Selbst

Das Ende der informationellen Selbstbestimmung: Daten sind die »Rohstoffe des 21. Jahrhunderts«

Sebastian Watzek

Staat und Unternehmen begehren sie gleichermaßen: persönliche Daten aller Art. Der eine, um Bürger besser überwachen und kontrollieren zu können, die anderen, um damit Profite zu machen. Sie eint das Ziel, das Verhalten von Menschen berechenbar zu machen, und dafür benötigen sie »Big Data«. Privatsphäre und Datenschutz stehen dabei im Weg.

Mit der Zukunft von Privatsphäre, zu der auch personenbezogene Daten zählen, beschäftigt sich das Forum Privatheit, ein Projekt, das von der Fraunhofer-Gesellschaft koordiniert wird. Im Rahmen einer Konferenz diskutierten Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft am vergangenen Donnerstag und Freitag in Berlin aktuelle Fragen zur informationellen Selbstbestimmung und des Datenschutzes. Überwiegend einig waren sich die Teilnehmer, dass sich rasant weiterentwickelnde digitale Technologien mehr und besseren Datenschutz erforderlich machen. Aktuelle Politik hingegen wirkt nicht in diese Richtung. Denn bereits seit einigen Jahren rufen Stimmen aus Unternehmen oder auch der sogenannten Post-Privacy-Bewegung nach weniger Privatsphäre.

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem Volkszählungsurteil von 1983 beschrieb, könnte künftig seine Bedeutung verlieren. Als weltweit herausragendes Recht stellt es nicht in erster Linie Daten als schützenswerte Objekte in den Mittelpunkt, sondern den Schutz der dahinterstehenden Menschen.

Nationale Regeln zum Datenschutz werden immer mehr auf die europäische Ebene verlagert, stellte Gerrit Hornung, Rechtswissenschaftler an der Universität Kassel, fest. Er geht davon aus, dass die geplante europäische Datenschutzgrundverordnung, entgegen aller Zusagen aus der Politik, die derzeitigen hohen Standards der Bundesrepublik nicht erreichen werde. Dass das Konzept der informationellen Selbstbestimmung wenig Anklang auf EU-Ebene findet, bestätigte auch der ehemalige Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Peter Schaar.

Derweil hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, die kommerzielle Nutzung von »Big Data« zu fördern. Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte bereits Anfang November, Daten seien die »Rohstoffe des 21. Jahrhunderts«. Und man müsse jetzt aufpassen, »dass der Datenschutz nicht die Oberhand über die wirtschaftliche Verarbeitung der Daten gewinnt«. Auf dem IT-Gipfel am 19. November in Berlin ergänzte sie, »wenn wir uns die Möglichkeit der Verarbeitung großer Datenmengen durch einen falschen rechtlichen Rahmen zu sehr einengen, dann wird nicht mehr viel Wertschöpfung in Europa stattfinden. Das wäre für uns von großem Nachteil«. Der für digitale Infrastruktur zuständige Verkehrsminister Alexander Dobrindt zog nach und forderte, das Prinzip der Datensparsamkeit gleich ganz abzuschaffen. »Der bisher gültige Grundsatz, dass Datensparsamkeit das Übermaß der Dinge ist, der hat sich überholt, der muss weg«, sagte der CSU-Politiker vor einigen Tagen auf einem Empfang des IT-Branchenverbandes Bitkom. »Datenreichtum muss der Maßstab sein, nach dem wir unsere Politik ausrichten.«

Datenschützer und Juristen sind sich einig, dass jede Datenerhebung einen erheblichen Eingriff in die Grundrechte der betroffenen Menschen darstellt. Zudem ist derzeit noch gar nicht abzusehen, welche Ausmaße unregelmäßiges Datensammeln künftig annehmen könnte. Fachleute erwarten, dass sich die Menge der erfassten und gespeicherten Informationen in den nächsten Jahren in einem Umfang erhöht, den man sich heute noch gar nicht vorstellen kann. Vernetzte Hausgeräte, Fahrzeuge und insbesondere sogenannte Wearables werden diese Datenflut verursachen. Letztere messen Körperfunktionen und senden die Daten über ein Smartphone an Anbieter von Fitness-Apps.

Von der »Vermessung des Selbst« sprach Ramón Reichert von der Donau-Universität Krems. Der Forscher analysiert Gefahren, die von solchen Technologien ausgehen. Längst wittern Kranken- und Lebensversicherungen das Geschäft mit Körpertrackern und Gesundheitsdaten. Diejenigen, die ihre Daten nicht übermitteln wollen, könnten am Ende die Verlierer sein. Entweder drohen ihnen höhere Beiträge oder sie werden schlimmstenfalls nicht mehr in die Versicherung aufgenommen.

<http://www.jungewelt.de/2015/11-30/021.php>